

General Franco will "entkolonialisieren"

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **48 (1969)**

Heft 11

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338145>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

General Franco will «entkolonialisieren»

Kolonialismus, Neokolonialismus und Entkolonialisierung sind grosse Modeworte der internationalen Politik, deren Sinndeutung aber schwankt, weil sie oftmals dazu dienen, einen bestimmten Standpunkt zu rechtfertigen und den gegnerischen mit dem abwertenden Merkmal imperialistischer Vormachtsgelüste zu belasten. Obwohl die Entwicklung in vielen seit Ende des Zweiten Weltkrieges tatsächlich entkolonialisierten Ländern keineswegs immer ein Beispiel demokratischer Ordnung oder freiheitlicher Politik gaben, muss dennoch eingestanden werden, dass alle, auch die letzten Reste kolonialer Vorherrschaft beseitigt werden sollten. Dabei entsteht dann allerdings wohl auch die Frage, ob man es als Kolonialherrschaft bezeichnen muss, wenn eine Staatsmacht wie Nigeria bzw. die hier ihre Vorherrschaft begründenden Völkerstämme einem andern Volk, den Ibos, das Recht streitig macht, selbständig zu sein.

Anders liegt derzeit der Fall von Gibraltar, das als britische Kronkolonie figuriert, aber praktisch autonom verwaltet wird, eine eigene Verfassung hat und seinen Bürgern alle jene persönlichen Freiheiten gewährleistet, die in Grossbritannien selbstverständlich erscheinen, aber in dem Gibraltar angrenzenden Spanien keineswegs beachtet werden. Dennoch beruft sich Franco-Spanien seit geraumer Zeit darauf, dass es seiner Diplomatie gelungen ist, bei den Vereinten Nationen den Fall Gibraltar in den Entkolonialisierungsausschuss zu bringen und mit Hilfe von Kambodscha und Bulgarien eine Entschliessung durchzusetzen, die Grossbritannien aufforderte, Gibraltar zu «entkolonialisieren». Gemeint ist damit der Abzug der britischen Truppen und Seestreitkräfte und die Übergabe des Felsens, der die Meerenge und damit den Zugang zum Mittelmeer vom Atlantik her beherrscht.

Zweifellos ist *Gibraltar* ein mit Waffengewalt erobertes Gebiet, da es im Vertrag von Utrecht 1713 an die britische Krone abgetreten wurde. Ebenso unzweifelhaft ist jedoch, dass die Einwohner dieser selbstverwaltenden Kronkolonie weder mit noch ohne den heutigen Generalissimus und Staatschef Francisco Franco zu Spanien gehören wollen, so wenig wie etwa in Korsika bislang eine Stimmung zum Anschluss an Italien aufkommen konnte.

Die aus dem Bereich der Dritten Welt ohne grosse Mühe zusammengebrachten Stimmen für die Entkolonialisierung im UNO-Ausschuss sind nur deshalb möglich gewesen, aber auch aus dem gleichen Grunde in London völlig unwirksam, weil die sonderbare spanische Entkolonialisierungskampagne nur auf diesen wenig geeigneten Fall bezogen wird und ausschliesslich dem nationalistischen Prestigebedürfnis des Diktaturregimes in Madrid dient. Die gleiche Regierung mit dem gleichen Regierungschef – Umbesetzungen im Kabinett bedeuten seit 1939 keineswegs einen Regierungswechsel – hat beispielsweise nicht daran gedacht, in dem

Entkolonialisierungsausschuss vorzuschlagen, die weiten Gebiete Afrikas, die immer noch unter wirklicher weisser Kolonialherrschaft, nämlich der portugiesischen, stehen, zu entkolonialisieren. Hier wäre sicherlich nicht zu befürchten, dass eine Abstimmung zugunsten Portugals ausfallen würde. Es gibt sogar Gebiete auf afrikanischem Boden, die Spanien noch weit mehr verbunden sind, als die Kolonien des politisch mit Madrid in enger freundschaftlicher – und ideologischer – Beziehung lebenden Portugal. Zwar wurden die Städte Ceuta schon 1415 und Mella 1496 von Spanien erobert oder annektiert. Aber spanisch im nationalen Sinne sind sie dessentwegen nicht geworden. Wenn man das spanische Militär und die Beamten abzieht, würde hier eine Abstimmung unweigerlich für Marokko ausfallen. Natürlich hat Marokko nicht die, oder hält es für inopportun, Massnahmen zu ergreifen wie die Madrider Regierung. Aber jedermann weiss, dass diese beiden militärischen Stützpunkte Spaniens auf marokkanischem Boden der marokkanischen Regierung ein Dorn im Auge sind. Und damit kein Zweifel herrsche, die spanischen Militärs in den beiden Städten bekommen Kolonialzulage.

Der nun wieder angefachte Streit um Gibraltar hat aber noch andere Aspekte, die dartun, wie dem Nationalismus jede vernunftvolle Beurteilung der Verhältnisse geopfert wird. Da sind einmal die über 5000 spanischen Arbeiter, die in Gibraltar zu arbeiten pflegten. Sie werden derzeit unterstützt, aber ohne jede Zukunftsaussicht, je wieder in geregelte Arbeit zu kommen. Die Pensionisten unter ihnen dürfen infolge der totalen Grenzsperrn nicht einmal ihre Renten, wie gewohnt, im nahen Gibraltar abholen. Aus einer Mitteilung der staatlich gelenkten Gewerkschaftsorganisation, des sogenannten Campo de Gibraltar, geht hervor, dass die meisten Zusagen auf dem Papier blieben und noch der Realisierung harren. Seit Jahren wurde von der Industrialisierung des spanischen Hinterlandes von Gibraltar geredet und geschrieben. Geschehen ist nichts; denn die Methoden amtlich betriebener Industrialisierung haben in Spanien auch in günstiger gelegenen Landstrichen nur langsame und oft problematische Erfolge gezeitigt. Um nun wenigstens optisch die sorgsam eskalierte Krise um Gibraltar weiter zu treiben, ist man auf eine Idee gekommen, die nun manifest werden lässt, wie wenig man im überzentralisierten Madrider Regierungsbereich die Gegebenheiten regionaler Sonderheiten kennt und damit sogar im Rahmen des immer noch totalitären Staates unerwartete Protestaktionen provoziert. Man hat nämlich vor, aus Teilen der Provinzen Málaga und Cádiz eine neue «Provinz Gibraltar» zu bilden. Deren provisorische Provinzhauptstadt soll Algeciras sein, wo im fernen Jahre 1906 die internationale Marokko-Konferenz stattfand, die das Sultanat endgültig in koloniale Schutzzonen aufteilte. Im Rahmen der Entkolonialisierungskampagne für Gibraltar ist daher die Wahl von Algeciras für die synthetische Irredentaprovinz wahrhaft symbolträchtig. Aber die Bewohner der Provinz Cádiz sind von diesem Plan

keineswegs begeistert. In der auf dem bekannten Ständeprinzip fussenden Provinzialdeputation kam es zu Protesten. Ihr Wortführer, Fernando Portillo Scharfhausen¹, der Präsident der Deputation, wurde daraufhin vom Innenminister prompt seines Amtes enthoben. Einwendungen gegen Regierungsanordnungen werden in Spanien nicht geduldet, selbst wenn sie von dem Regime zuzurechnenden Amtsinhabern kommen. Dem Zivilgouverneur, Julio Rico de Sanz, der mit Portillo Scharfhausen einer Meinung war, blieb nichts anderes übrig, als zu demissionieren.

So ist anzunehmen, dass die Irredentaprovinz Gibraltar demnächst, entgegen den Wünschen der Einwohner, gegründet wird, vermutlich um im New Yorker UNO-Palast zu argumentieren, es gäbe in Spanien eine Provinz, deren natürliche Hauptstadt unter dem kolonialen Joch der britischen Imperialisten schmachte.

In alten Zeiten war meist die Rede von der strategischen Bedeutung Gibaltars. Tatsächlich war die kleine Felsenstadt mit ihrer als uneinnehmbar geltenden Festung ehemals ein wichtiges Glied in dem berühmten britischen Seeweg nach Indien, der sich auf Gibraltar, Malta, Zypern, die britischen Befestigungen im Suezkanal und Aden stützte. Die Tatsache, dass, mit Ausnahme von Zypern, alle diese Stützpunkte aufgegeben wurden, Indien und Pakistan längst unabhängige Staaten sind, verleiht der Aktion des General Franco in den Augen ferner Beobachter, die mit dem Schlagwort des Antiimperialismus vielerlei Politik betreiben, eine gewisse Rechtfertigung. Und die auf Beharrung und wenig Erklärungen ausgerichtete Reaktion in London ist meist nicht geeignet, die Widersinnigkeit der Entkolonialisierungssparole hinreichend klarzustellen.

¹ In spanischsprachigen Ländern führt man Vater- und Muttername. In dem vorliegenden Fall hiess mithin die Mutter Scharfhausen.

Rolf Reventlow

Literatur

Die unvollkommene Gesellschaft

Milovan Djilas

Jenseits der «Neuen Klasse». Verlag Fritz Molden. Wien-München-Zürich 1969. Fr. 19.50

Keine soziologische Studie, keine Vision einer neuen Gesellschaft, wie der Titel vermuten lässt, ist in dem kürzlich erschienenen Werk des unbeugsamen jugoslawischen Politikers und Schriftstellers zu finden. Milovan Djilas begnügt sich mit weniger und mehr. Er legt Rechenschaft ab; er berichtet über sein hartes Schicksal nach dem Bruch mit den kommunistischen Machthabern in Jugoslawien, einer Clique, zu der er einst